



Mai 2010

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis



Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Griechenland-Krise: Mehr als jeder Zweite plädiert für Beteiligung der Banken.	5
Griechenland-Krise: Geteilte Meinungen zum Ausschluss aus Eurozone	6
Weiterhin Skepsis gegenüber dem Euro	7
Mehrheit gegen Steuersenkungen ab 2012	8
Kaum veränderte Einschätzungen zur Wirtschafts- und Finanzkrise	9
Vier von zehn sehen pessimistisch in die eigene wirtschaftliche Zukunft.....	11
Weiterhin drei Viertel der Bürger mit der Bundesregierung unzufrieden	12
Mehrheit befürwortet einen Denkmalsatz für die Bundesregierung.....	13
Politikerzufriedenheit: Guttenberg wieder auf Platz Eins, Westerwelle weiter Schlusslicht	14
Sonntagsfrage: Grüne auf Rekordniveau	16
Mehrheit gegen Festlegung auf Koalition vor der Wahl.....	18
Bundeswehreinsatz in Afghanistan wird unverändert abgelehnt	19

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Mai 2010

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte Zusatzfrage „Staatshilfe Griechenland“: 500 Befragte	
Erhebungszeitraum:	26. bis 27. April 2010 Sonntagsfrage: 26. bis 28. April 2010 Zusatzfrage „Staatshilfe Griechenland“: 28. April 2010	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, Mai 2010
67.10.112390

Analyse

Zusammenfassung

Griechenland steht kurz vor dem Staatsbankrott und hat die anderen Euro-Länder um Hilfe gebeten. Die Forderung nach einer Beteiligung der Gläubigerbanken an den Hilfszahlungen findet bei einer knappen Mehrheit der Deutschen (53 Prozent) Zustimmung, die das als Bedingung für deutsche Geldleistungen formulieren. Ein knappes Viertel (23 Prozent) vertritt die Auffassung, dass es zwar ärgerlich ist, die Bundesregierung aber gar keine andere Wahl hat als Griechenland zu unterstützen. Ein Fünftel (21 Prozent) ist der Meinung, dass Deutschland gar keine Unterstützung leisten sollte. Ein von manchen geforderter Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone wird in der deutschen Bevölkerung kontrovers beurteilt: Jeder Zweite (49 Prozent) ist gegen einen Ausschluss, fast genauso viele dafür (45 Prozent).

Vor diesem Hintergrund sieht eine Mehrheit der Deutschen die Krise nach wie vor als noch nicht überwunden an: 56 Prozent glauben, dass der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht. Allerdings sind die Auswirkungen für 62 Prozent nach eigener Aussage nicht spürbar.

Die FDP hat ihr Steuersenkungskonzept in Umfang und Zeitpunkt modifiziert – die Ablehnung besteht jedoch fort: Eine Mehrheit von 54 Prozent lehnt Steuersenkungen wegen der Verschuldung als nicht finanzierbar ab. 42 Prozent befürworten eine Entlastung um 16 Milliarden Euro ab 2012. Nur in Reihen der FDP-Anhänger finden die liberalen Steuersenkungspläne eine Mehrheit (62 Prozent).

Das Ansehen der Bundesregierung hat sich in diesem Monat nur geringfügig verbessert: 26 Prozent sind aktuell mit Schwarz-Gelb zufrieden (+3 binnen vier Wochen). Drei Viertel der Bevölkerung (73 Prozent) bewerten die Regierung Merkel nach wie vor kritisch. Zwei Drittel (66 Prozent) sind der Meinung, dass Union und FDP – obwohl als „Wunschkoalition“ angetreten – nicht mehr zusammen passen. Angesichts der Enttäuschung über die Regierungsarbeit hält eine Mehrheit (57 Prozent) einen Denkzettel für Schwarz-Gelb bei der anstehenden nordrhein-westfälischen Landtagswahl für angemessen.

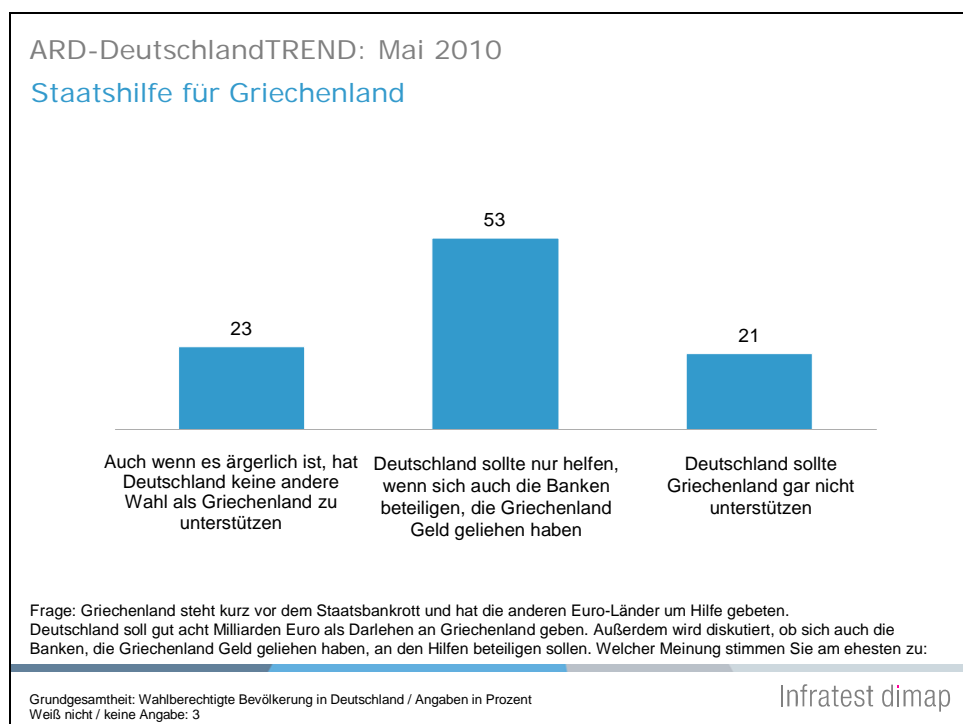
Auf der personellen Ebene kann Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg seinen Ansehenseinbruch zum Teil wieder wettmachen und Platz Eins der Rangliste besetzen: 61 Prozent (+6) sind mit seiner Arbeit aktuell zufrieden. Dahinter erreicht Angela Merkel 58 Prozent (+3). Der FDP-Außenminister Guido Westerwelle bleibt mit 24 Prozent (+1) Zuspruch im Stimmungstief.

In der aktuellen politischen Stimmung käme die Union unverändert auf einen Wähleranteil von 35 Prozent. Die FDP erreicht erneut 8 Prozent. Auch die Linke hält ihren Stimmenanteil stabil (10 Prozent). Verluste muss die SPD hinnehmen und käme aktuell nur noch auf 26 Prozent (-2). Die Grünen hingegen können 2 Punkte zulegen und würden derzeit 16 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. Das ist der höchste Wert, den die Grünen bisher im ARD-DeutschlandTREND erreichen konnten.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Mai, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von fünf Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 26. bis 27. April 1.000, für die Sonntagsfrage vom 26. bis 28. April 1.500 sowie für die Zusatzfrage „Staatshilfe für Griechenland“ am 28. April 500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

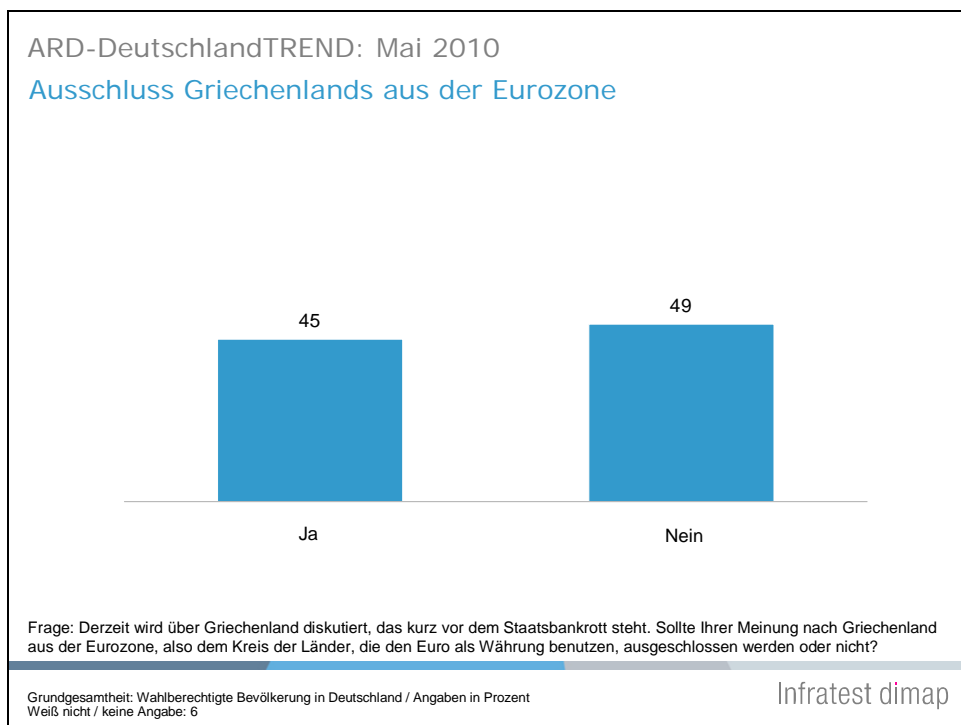
Griechenland-Krise: Mehr als jeder Zweite plädiert für Beteiligung der Banken

Griechenland steht kurz vor dem Staatsbankrott und hat die anderen Euro-Länder um Hilfe gebeten. Die Forderung nach einer Beteiligung der Gläubigerbanken an den Hilfszahlungen findet bei einer knappen Mehrheit der Deutschen Zustimmung: 53 Prozent plädieren dafür, dass der deutsche Staat nur helfen soll, wenn sich auch die Banken daran beteiligen, die Griechenland Geld geliehen haben. Ein knappes Viertel (23 Prozent) vertritt die Auffassung, dass es zwar ärgerlich ist, die Bundesregierung aber gar keine andere Wahl hat als Griechenland zu unterstützen. Ein Fünftel (21 Prozent) ist der Meinung, dass Deutschland gar keine Unterstützung leisten sollte.



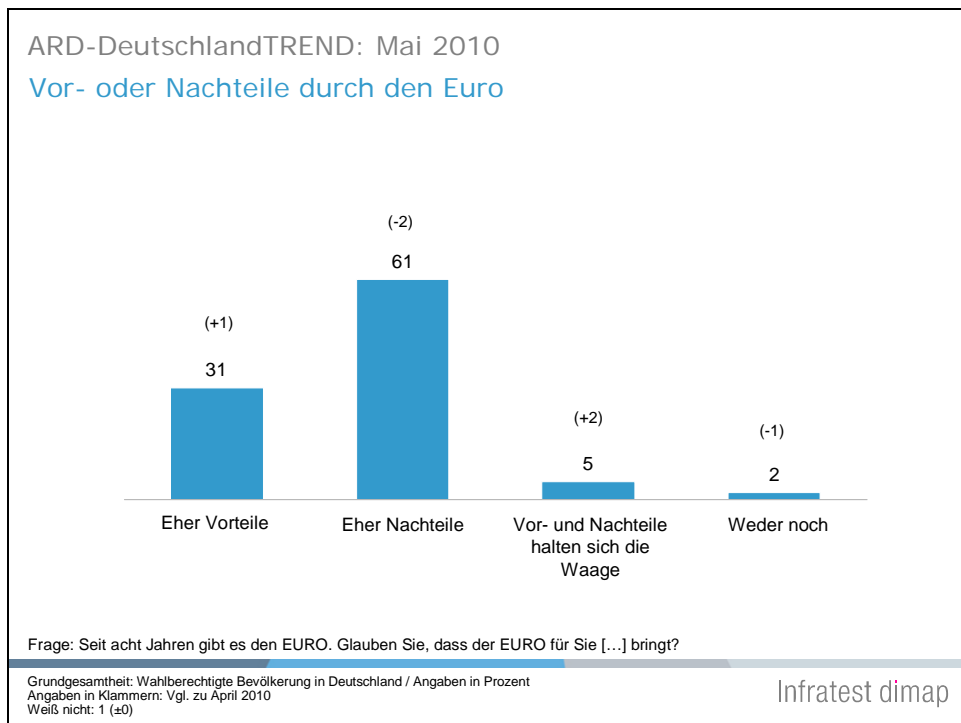
Griechenland-Krise: Geteilte Meinungen zum Ausschluss aus Eurozone

Die von manchen Finanzexperten erhobene Forderung, Griechenland solle aus der Eurozone ausgeschlossen werden und zu einer nationalen Währung zurückkehren, wird von den Bundesbürgern sehr kontrovers eingeschätzt. Die eine Hälfte (49 Prozent) sieht darin keinen sinnvollen Beitrag zur Lösung der Probleme. Fast ebenso viele (45 Prozent) würdigen hingegen den Ausschluss Griechenlands von der Gemeinschaftswährung befürworten.



Weiterhin Skepsis gegenüber dem Euro

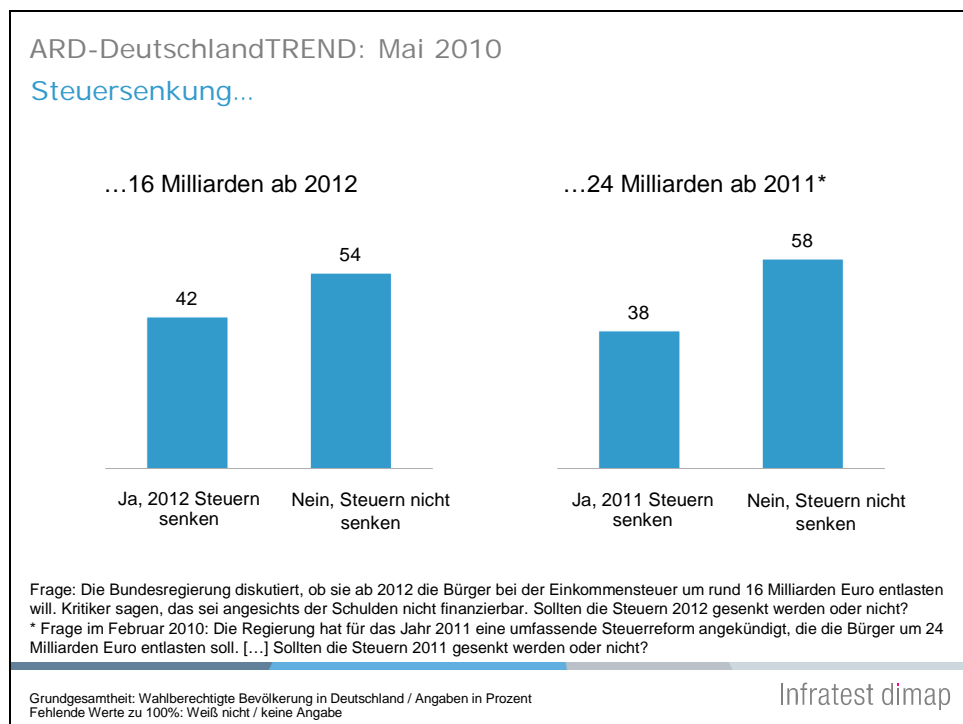
Über die europäische Gemeinschaftswährung wird wegen der Haushaltskrise in Griechenland wieder vermehrt debattiert. Manche Beobachter befürchten, der Euro könnte unter Druck geraten und an Stabilität verlieren, wenn die Finanzprobleme Griechenlands nicht bald gelöst werden. Diese Entwicklung könnte die Bürger in ihrer skeptischen Haltung gegenüber dem Euro bestärken. Derzeit glauben 61 Prozent, die Gemeinschaftswährung würde ihnen persönlich eher Nachteile bringen, lediglich 31 Prozent sehen eher Vorteile.



Die Griechenland-Krise ist indes nicht ursächlich für diese Skepsis, denn der DeutschlandTREND hat bereits Anfang 2007 ein nahezu identisches Meinungsbild ergeben. Damals sahen 30 Prozent Vorteile und 62 Prozent Nachteile in der europäischen Währung.

Mehrheit gegen Steuersenkungen ab 2012

Angesichts anhaltender Skepsis und Widerstand auch beim Koalitionspartner Union hat die FDP auf ihrem Parteitag Ende April ihr Steuersenkungskonzept in wichtigen Punkten geändert – die Zustimmung dazu hat sich jedoch kaum vergrößert. Die steuerliche Entlastung soll nun erst ab 2012 16 Milliarden Euro betragen und ein Einkommensteuertarif mit fünf Stufen eingeführt werden. In der Bevölkerung wird diese Forderung von 42 Prozent begrüßt. Eine Mehrzahl (54 Prozent) lehnt das Vorhaben allerdings ab, weil die Steuersenkung angesichts der Lage in den öffentlichen Haushalten nicht finanzierbar sei.



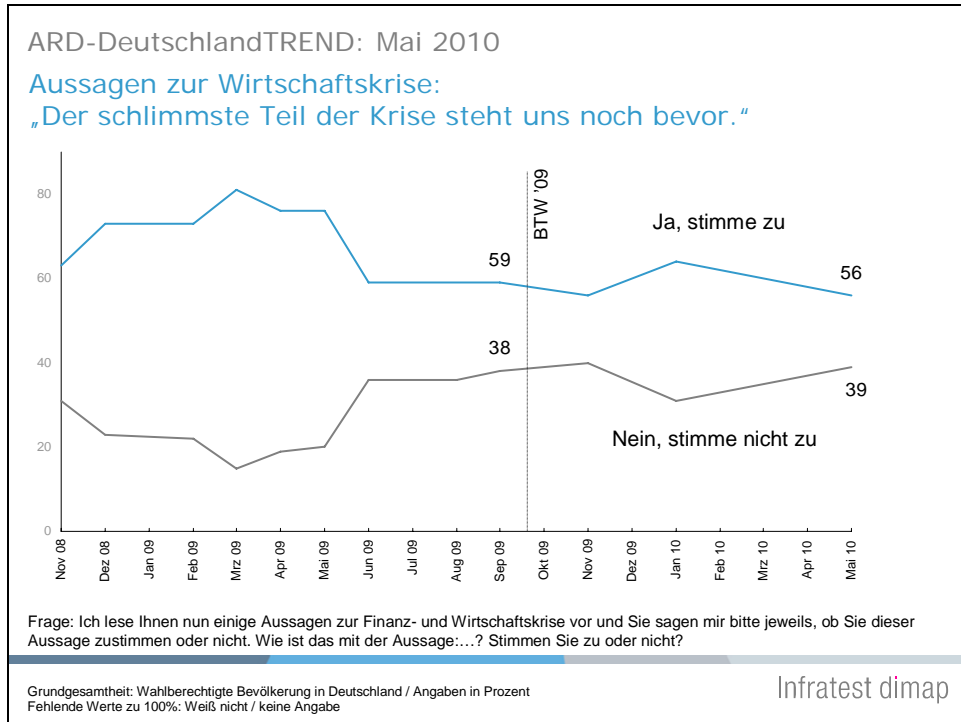
Im Februar, als es noch um Entlastungen in der Größenordnung von 24 Milliarden Euro bereits im nächsten Jahr ging, lag der Anteil zustimmender Äußerungen bei 38 Prozent, 58 Prozent äußerten sich ablehnend.

Bemerkenswert ist, dass die Zustimmung zu Steuersenkungen am größten ist bei Personen mit Haushaltsnettoeinkommen bis 1.500 Euro, bleibt allerdings auch dort knapp in der Minderheit. Demgegenüber ist die Ablehnung von Steuersenkungen am größten bei Personen mit Haushaltseinkommen über 3.000 Euro.

Die Pläne der Liberalen werden in den Lagern aller Parteien überwiegend skeptisch bewertet – Ausnahme sind die verbliebenen FDP-Anhänger, die sich zu 62 Prozent für Steuersenkungen aussprechen.

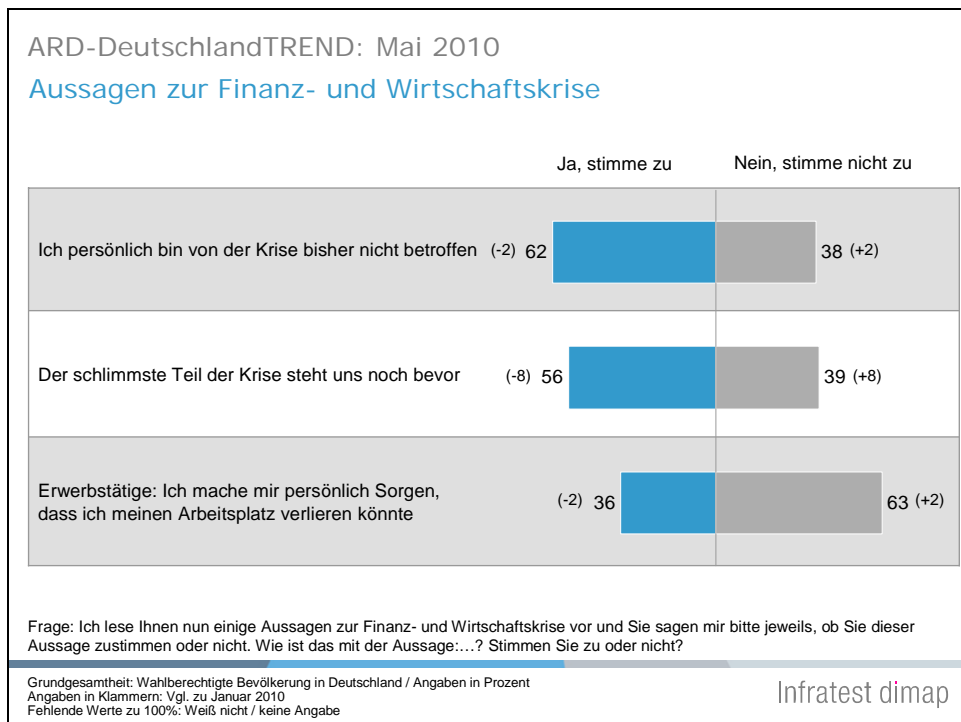
Kaum veränderte Einschätzungen zur Wirtschafts- und Finanzkrise

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist nach Ansicht vieler Experten weitgehend überwunden. Eine ganze Reihe ökonomischer Indikatoren zeigen einen deutlichen Aufwärtstrend. Die Mehrzahl der Bundesbürger sieht das allerdings nach wie vor anders. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) glaubt, der schlimmste Teil der Krise stehe erst noch bevor. Vier von zehn (39 Prozent) sehen den Zenit bereits überschritten.



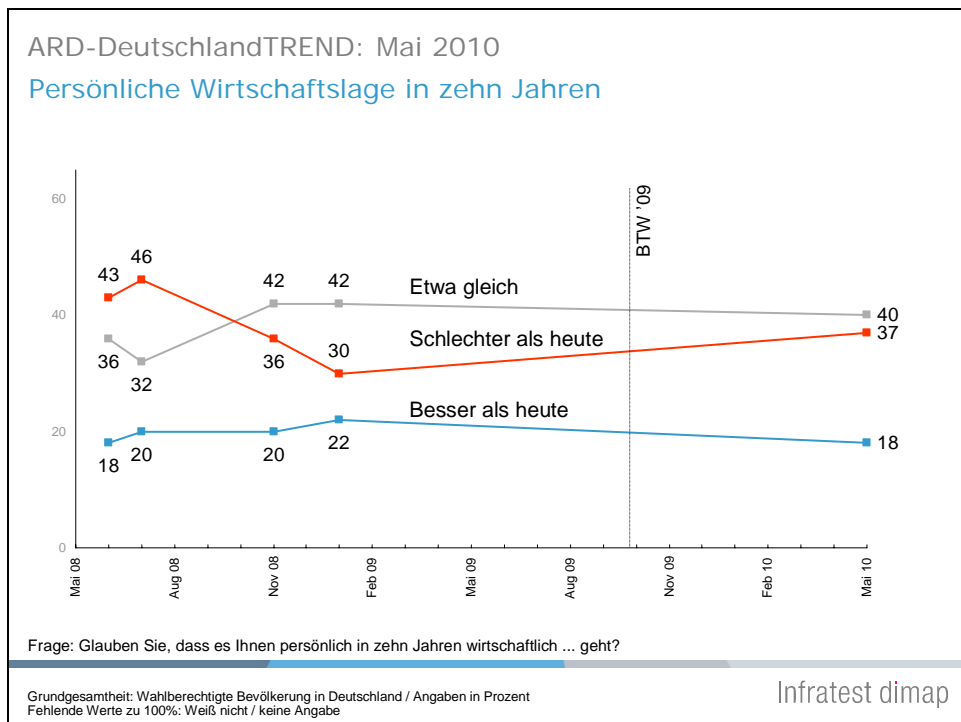
Die Zahl der Skeptiker hat sich damit seit Januar dieses Jahres verringert. Seinerzeit hielten 64 Prozent ein weiteres Abdriften der wirtschaftlichen Lage für wahrscheinlich.

Derzeit sorgt sich mehr als jeder dritte Erwerbstätige (36 Prozent) um die Sicherheit seines Arbeitsplatzes, darunter viele Arbeiter und Bezieher niedriger Einkommen. Insgesamt hat sich im Vergleich zum Jahresbeginn (38 Prozent) wenig geändert. Für die Mehrzahl der Bürger bleibt die Wirtschafts- und Finanzkrise allerdings ein eher abstraktes Phänomen, das mit der Lebenswirklichkeit wenig zu tun hat: Nach wie vor sind nach eigener Einschätzung sechs von zehn (62 Prozent, -2) von den ökonomischen Problemen überhaupt nicht betroffen, darunter auch zwei Drittel der abhängig Beschäftigten. Eine knappe Mehrheit der Selbständigen beklagt hingegen krisenbedingte Einbußen.



Vier von zehn sehen pessimistisch in die eigene wirtschaftliche Zukunft

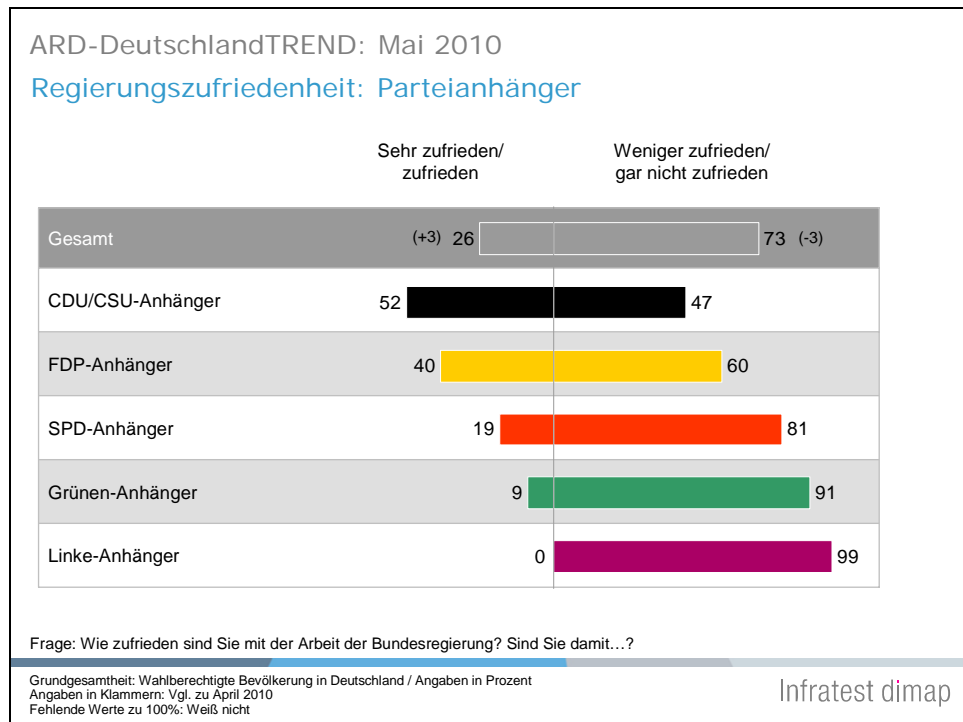
Gut anderthalb Jahre nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise blicken knapp vier von zehn Bürgern in Deutschland mit Sorge in ihre persönliche wirtschaftliche Zukunft: 37 Prozent haben die Befürchtung, dass es ihnen in zehn Jahren schlechter gehen wird als heute, darunter überdurchschnittlich viele Selbständige. Etwa genauso viele (40 Prozent) sehen langfristig keine großen Veränderungen. Lediglich ein knappes Fünftel (18 Prozent) geht von einer langfristig positiven Entwicklung seiner persönlichen wirtschaftlichen Lage aus.



Am optimistischsten blicken die 18- bis 34-jährigen Personen in die Zukunft, die den Großteil ihres Berufslebens noch vor sich haben. Die Jahrgänge im Rentenalter sind demgegenüber überdurchschnittlich pessimistisch.

Weiterhin drei Viertel der Bürger mit der Bundesregierung unzufrieden

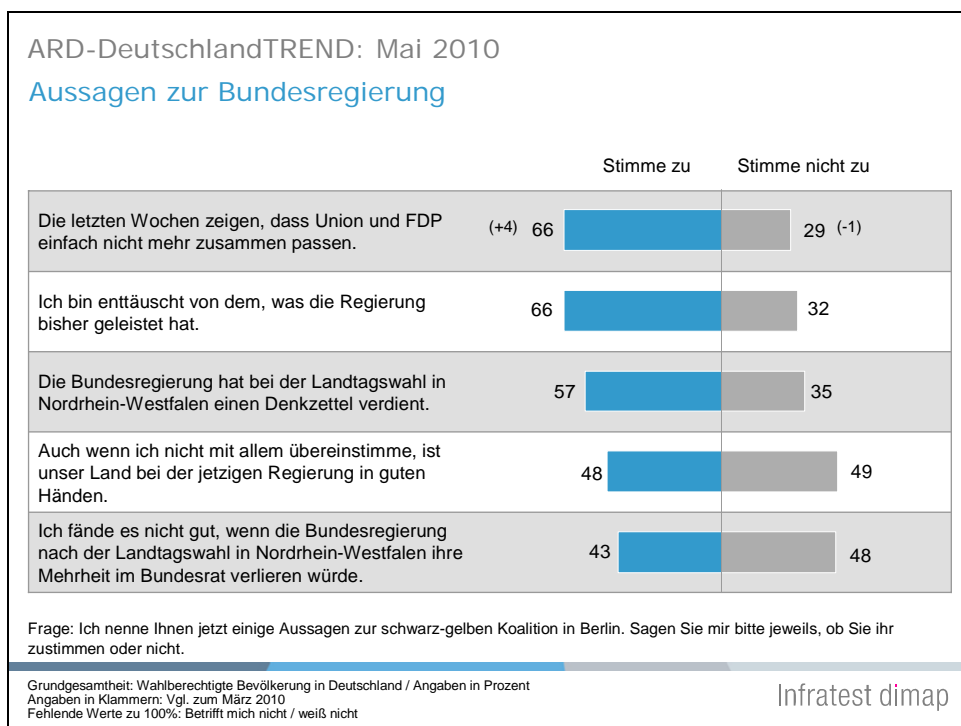
Die kritische Bewertung der Regierungsarbeit hält auch in diesem Monat an. Derzeit sind drei Viertel der Deutschen mit ihrer Regierung weniger (48 Prozent) bzw. gar nicht zufrieden (25 Prozent). Lediglich ein Viertel der Bevölkerung äußert sich wohlwollend (26 Prozent). Im Vergleich zum Vormonat hat sich diese Einschätzung nur geringfügig verbessert (+3).



Der Unmut über Schwarz-Gelb ist auch bei deren eigenen Anhängern groß. Nur jeder zweite Unions-Anhänger vergibt gute Noten an Angela Merkels Regierung (52 Prozent zufrieden, 47 Prozent unzufrieden). In den Reihen der aktuellen FDP-Anhänger äußert sich sogar eine Mehrheit kritisch über das Bundeskabinett (40:60 Prozent). Noch größer ist die Unzufriedenheit mit 84 Prozent bei den Wahlberechtigten, die den Liberalen nach der Bundestagswahl den Rücken gekehrt haben.

Mehrheit befürwortet einen Denktzettel für die Bundesregierung

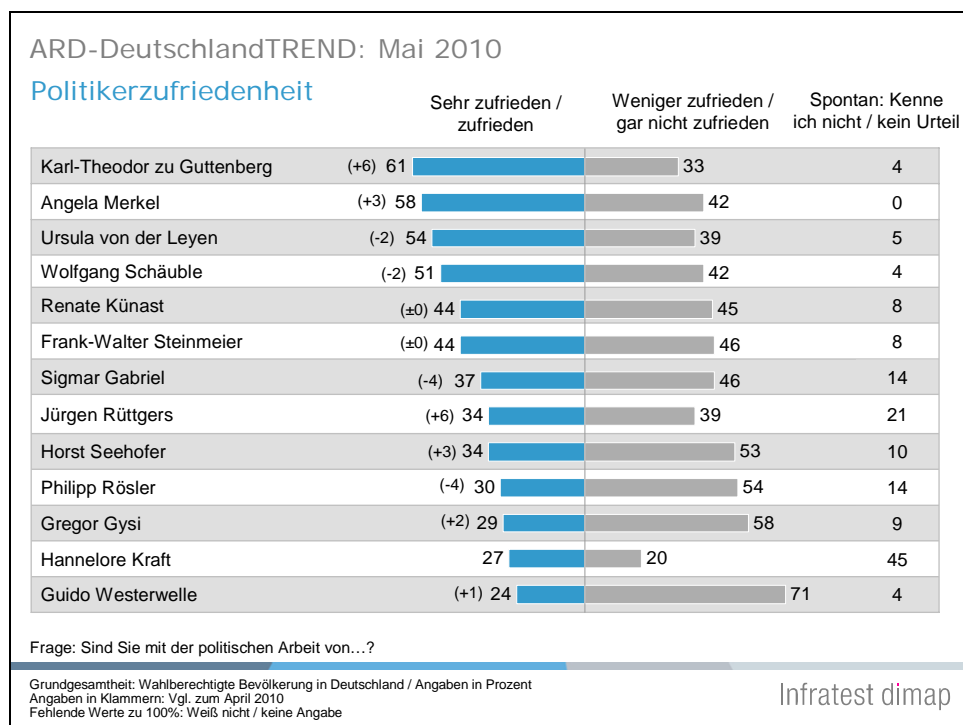
Vor dem Hintergrund der großen Unzufriedenheit mit der Bundesregierung äußern sich zwei Drittel der Deutschen (66 Prozent) explizit enttäuscht über die bisherigen Leistungen des Merkel-Kabinetts. Genauso viele bezweifeln, dass das – eigentlich als „Wunschkoalition“ angetretene – Bündnis aus Union und FDP noch zusammen passt. Nur jeder Zweite (48 Prozent) sieht das Land bei der amtierenden Regierung grundsätzlich in guten Händen. In der Konsequenz hält eine Mehrheit der Deutschen (57 Prozent) einen Denktzettel für Schwarz-Gelb bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl Anfang Mai für angemessen.



Dass für Union und FDP der Verlust der Regierungsmacht in Düsseldorf auch den Verlust der Bundesratsmehrheit bedeuten würde, damit hätte die Hälfte der Bundesbürger (48 Prozent) kein Problem. Nur vier von zehn (43 Prozent) würden dies nicht begrüßen, wobei das Bedauern unter FDP-Anhängern (73 Prozent) deutlich größer ausfiele als unter Unions-Anhängern (57 Prozent).

Politikerzufriedenheit: Guttenberg wieder auf Platz Eins, Westerwelle weiter Schlusslicht

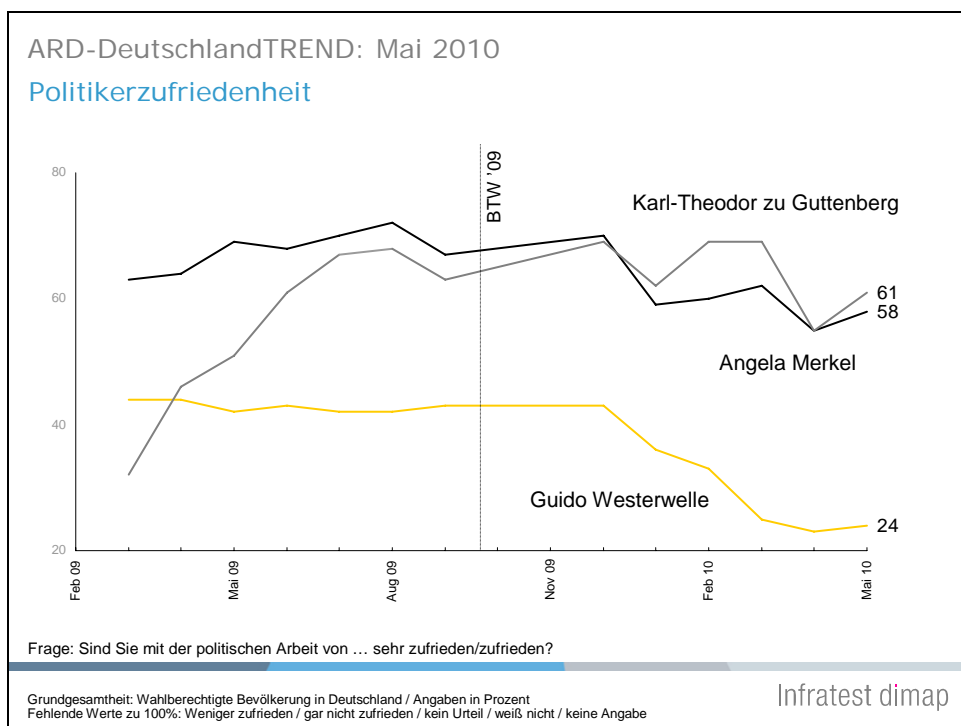
Nach seinem Ansehenseinbruch im letzten ARD-DeutschlandTREND ist Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg in diesem Monat wieder an der Spitze der Politikerrangliste. Aktuell sind 61 Prozent der Deutschen mit der politischen Arbeit des CSU-Politikers zufrieden, ein deutliches Plus von sechs Punkten binnen vier Wochen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel vermag ihre Beliebtheit in der Bevölkerung zu steigern: Mit ihrem Wirken sind derzeit 58 Prozent zufrieden (+3). Die anderen abgefragten Kabinettsmitglieder verlieren leicht an Zuspruch, mit Ausnahme von Guido Westerwelle, der allerdings im Ansehenstief am Ende der Rangliste verharret. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (54 Prozent) und Finanzminister Wolfgang Schäuble (51 Prozent) verlieren jeweils 2 Punkte. Gesundheitsminister Philipp Rösler, nach seinem Vorstoß zur Begrenzung der Arzneimittelkosten im April mit zweistelligem Zugewinn, muss 4 Punkte abgeben und erhält derzeit 30 Prozent Zustimmung. Der Außenminister und FDP-Vorsitzende bekommt von den in diesem Monat abgefragten Politikern die geringste Zustimmung (24 Prozent, +1) und bleibt Schlusslicht der Rangliste. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer erhält von einem Drittel der Bürger (34 Prozent) wohlwollende Bewertungen.



Die Spitzenvertreter der Oppositionsparteien werden angeführt von der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Renate Künast und vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier, die jeweils unverändert 44 Prozent der Bürger überzeugen. Den Parteivorsitzenden der SPD, Sigmar Gabriel, beurteilen 37 Prozent wohlwollend (-4). Drei von zehn (29 Prozent, +2) schätzen das politische Wirken des Linke-Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi positiv ein.

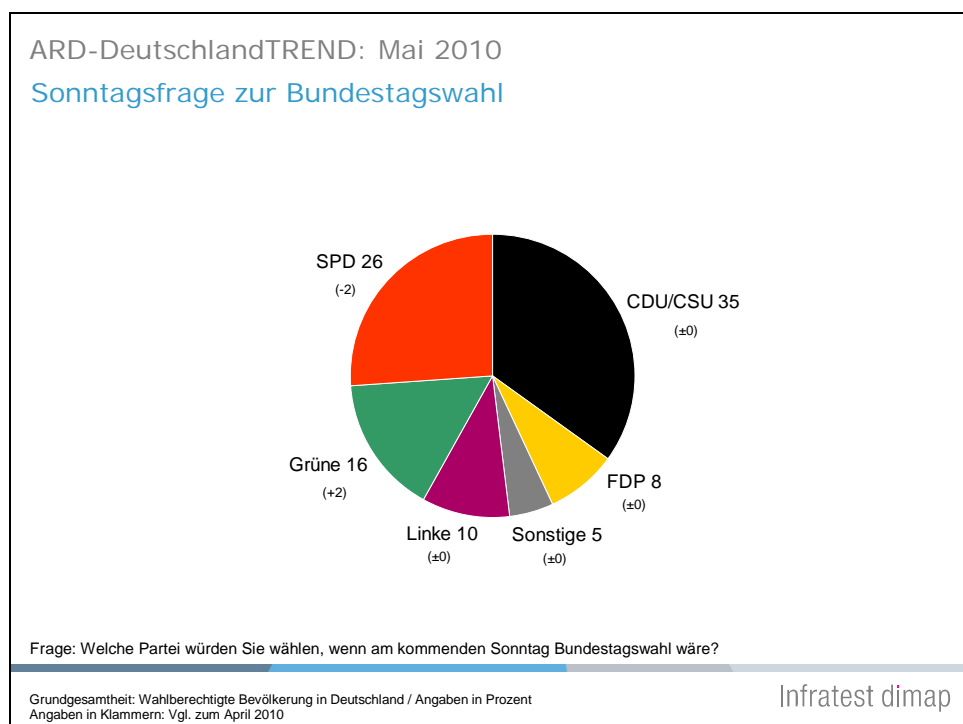
Der in der Endphase des Landtagswahlkampfes stehende Ministerpräsident aus Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, kommt bundesweit auf eine Zustimmungsrate von 34 Prozent. Die sozialdemokratische Spitzenkandidatin Hannelore Kraft findet bei 27 Prozent aller Deutschen positive Resonanz. Im Unterschied zu seiner Herausforderin vereint der CDU-Mann allerdings mehr negative als positive Urteile auf sich.

Das Urteil der Nordrhein-Westfalen über die beiden Kontrahenten unterscheidet sich kaum: Bei den Befragten zwischen Rhein und Weser erhält sowohl der Amtsinhaber als auch seine Kontrahentin von jedem Zweiten eine gute Bewertung.



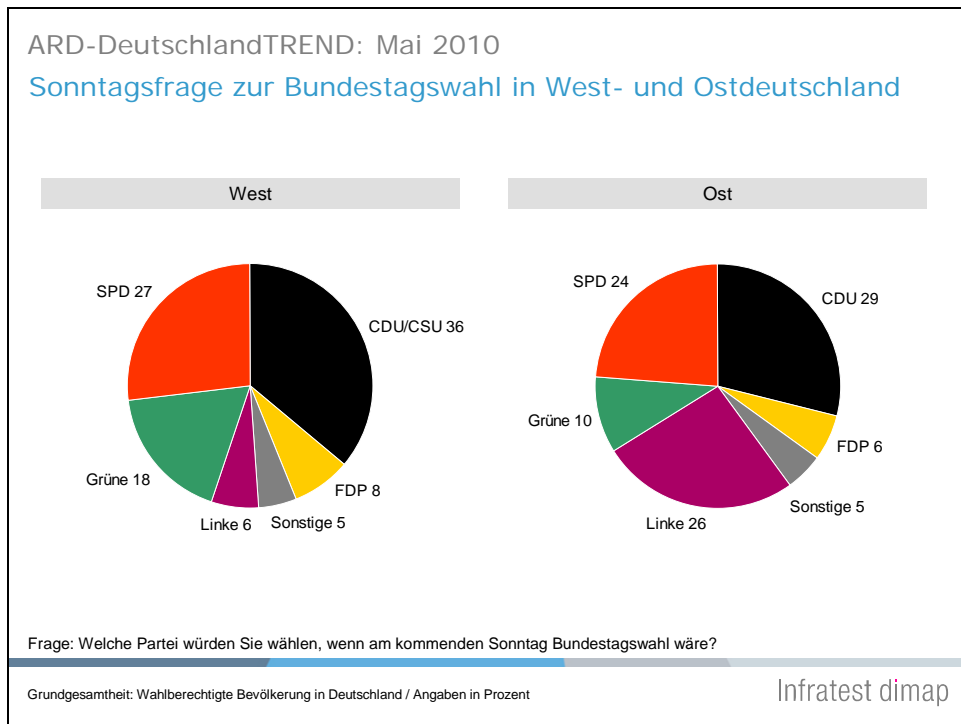
Sonntagsfrage: Grüne auf Rekordniveau

Die kritische Bewertung der Bundesregierung sorgt dafür, dass die Koalitionsparteien in der aktuellen politischen Stimmung zusammen bei lediglich 43 Prozent der Stimmen verharren. Die Union käme derzeit unverändert auf einen Wähleranteil von 35 Prozent. Die FDP erreicht erneut 8 Prozent. Auch die Linke hält ihren Stimmenanteil stabil (10 Prozent). Verluste muss die SPD hinnehmen und käme aktuell nur noch auf 26 Prozent (-2). Die Grünen hingegen können 2 Punkte zulegen und würden derzeit 16 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. Das ist der höchste Wert, den die Grünen bisher im ARD-DeutschlandTREND erreichen konnten. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 5 Prozent.



Wäre dies das Ergebnis eines Urnengangs, hätte Schwarz-Gelb weiterhin keine Mehrheit der Sitze im Bundestag. Neben einer Großen Koalition und Dreier-Koalitionen würde auch ein Bündnis aus Union und Grünen über eine Mandatsmehrheit verfügen.

In den **alten Bundesländern** verlieren sowohl Union (36 Prozent) als auch SPD (27 Prozent) an Zuspruch. Die FDP (8 Prozent) und die Linke (6 Prozent) halten ihre Wähleranteile konstant. Die Grünen legen deutlich auf 18 Prozent der Stimmen zu.

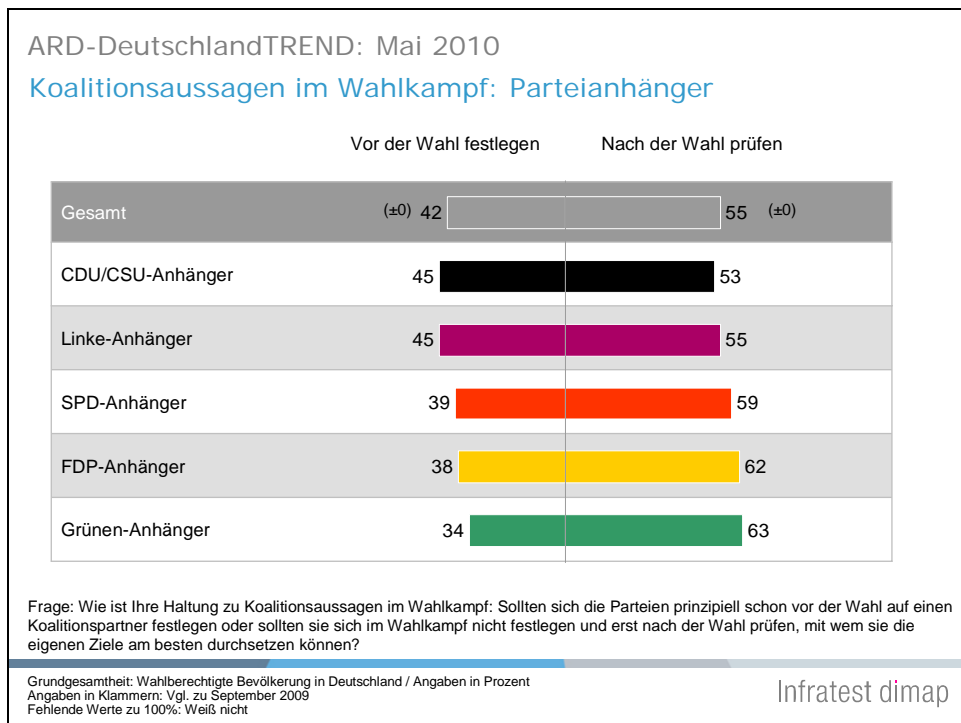


In den **neuen Bundesländern** sind die Wähleranteile von Union (29 Prozent) und SPD (24 Prozent) im Vergleich zum April-DeutschlandTREND stabil. Während die Liberalen im Osten leicht verlieren (6 Prozent), bauen die Linke (26 Prozent) und die Grünen (10 Prozent) ihre Stimmenanteile aus.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler immer kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Mehrheit gegen Festlegung auf Koalition vor der Wahl

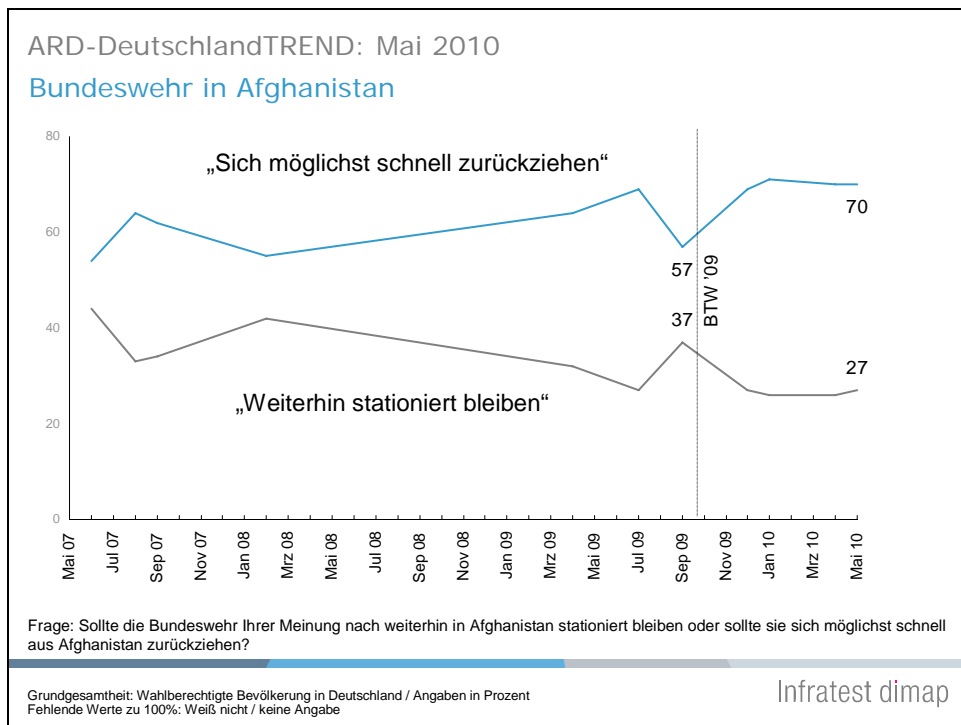
Vor jeder Bundestags- oder Landtagswahl wird in der Öffentlichkeit, vor allem aber auch in den Parteien, erneut darüber diskutiert, ob man vor dem Urnengang eine Festlegung auf bestimmte Koalitionen treffen sollte oder nicht. Aus Sicht einer Mehrheit von 55 Prozent der Bevölkerung scheint es sinnvoller, nach der Wahl zu prüfen, mit welchem Partner die eigenen Ziele am besten durchzusetzen sind. Die kleinere Zahl von 42 Prozent der Bürger plädiert hingegen für eine Festlegung vor der Wahl.



Dabei sprechen sich in den Anhängerschaften aller Parteien Mehrheiten dafür aus, ohne definitive Koalitionsaussagen in die Wahl zu gehen. Und es scheint sich zumindest derzeit um ein festgefügtes Meinungsbild zu handeln, denn eine Umfrage im Vorfeld der Bundestagswahl hat ein identisches Ergebnis erbracht.

Bundeswehreinsatz in Afghanistan wird unverändert abgelehnt

In den vergangenen Wochen sind in Afghanistan sieben Bundeswehrsoldaten im Zuge von Kampfhandlungen getötet worden. Die Bundesregierung bekräftigt ihr Festhalten an dem militärischen Engagement am Hindukusch. Damit befindet sie sich in Widerspruch zu einer großen Mehrheit der Bevölkerung: Sieben von zehn Bürgern (70 Prozent) fordern, die Bundeswehr solle sich so schnell wie möglich aus Afghanistan zurückziehen. Lediglich 27 Prozent plädieren für einen Verbleib der deutschen Soldaten.



Die seit langem festzustellende Ablehnung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan hat sich also in den letzten Wochen nicht verändert, aber verfestigt.